



N i e d e r s c h r i f t

über die 13. öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses - Bereich Finanzen - in der Wahlperiode 2019/2023 am 13.12.2021

Sitzungsraum: Bremerhaven, Raum Fischbahnhof, Fischbahnhof
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:19 Uhr

Teilnehmer/innen:

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Neuhoff

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Allers

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Frau Stadtverordnete Mollenhauer

Frau Stadtverordnete Reimelt

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel

Herr Stadtverordneter Holz

Herr Stadtverordneter Raschen

Herr Stadtverordneter Strauch

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN PP

Herr Stadtverordneter Kaminiarz

Herr Stadtverordneter Schott

Fraktion Bürger in Wut (BIW)

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Brand

Fraktion Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Stadtverordneter Koch

Schriftführer

Herr Khalaf

Entschuldigt:

Herr Stadtrat Skusa

Herr Stadtverordneter Labetzke

Herr Stadtverordneter Niedermeier

Herr Stadtverordneter Ventzke

Unentschuldigt

Frau Stadtverordnete Knorr

Weitere Teilnehmer:

Stadtkämmerei:

Herr Witt, Frau Vahlsing, Frau Mangels

Rechnungsprüfungsamt:

Herr Tober

Gesamtpersonalrat:

Herr Kieck

Personalrat Schulen:

Herr Weichel

1. Einwohnerfragestunde

Herr Bürgermeister Neuhoff verliest in Absprache mit Herrn Hero Lang, wohnhaft in der Dieselstraße 17, 27574 Bremerhaven, die zur Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 13.12.2021 fristgerecht eingereichten Fragen einschließlich Sachverhaltsdarstellung:

In ca. 8 Jahren soll möglichst die Energieversorgung auf regenerative Produktion umgestellt werden. In diversen Fachausschusssitzungen ist die Erkenntnis gewachsen, dass die Klimastadt Bremerhaven den Wandel im bisherigen Tempo nicht erreichen wird. Beispiel: Wasserstoffbusse können voraussichtlich nicht mit selbstproduziertem grünem Wasserstoff betankt werden, da die Förderung für die Elektrolyseure noch nicht bewilligt wurde. Die Infrastruktur des Stromnetzes ist für die Ladung der zu erwartenden e-Mobile nicht ausgelegt.

Wie hoch ist, geschätzt, der jährliche Finanzbedarf für die Stadt um die Energiewende in Bremerhaven zügig ein zu leiten? Sind im aktuellen Haushaltsplan für die Jahre 2022-2023 dafür Finanzmittel eingeplant?

Herr Bürgermeister Neuhoff teilt mit, dass er nunmehr die sich darauf beziehenden Antworten aus den Bereichen der Stadtkämmerei und des Stadtplanungsamtes verlesen werde.

Die Stadtkämmerei teilt mit, dass der Finanzbedarf zwecks zügiger Einleitung der Energiewende in Bremerhaven von Seiten der Stadtkämmerei weder konkret beziffert noch ermittelt werden kann. Eine diesbezügliche Einschätzung kann ebenfalls nicht abgegeben werden. Zur Beantwortung dieser Frage sind vielerlei Prüfungen unterschiedlichster Bereiche unter anderem aus Umwelt, Bau, Wissenschaft und Wirtschaft notwendig, die zunächst zusammengefasst und bewertet werden müssten. Des Weiteren kann niemand vorhersagen, welche konkrete Richtung betreffend der Einleitung der gesamtdeutschen Energiewende und damit auch in Bremerhaven letztendlich eingeschlagen wird. Auch hier sind abermals unterschiedlichste Faktoren unter anderem in Bezug auf energieneutrale, energieeffiziente oder energiesparende Entwicklungen sowie gesetzgeberische Voraussetzungen und Vorgaben ausschlaggebend.

Im Hinblick auf konkret geplante Projekte im Zusammenhang mit der Einleitung der Energiewende in Bremerhaven betreffend der Jahre 2022 bis 2023 und deren finanzielle Abdeckung verweisen wir auf den Bau- und Umweltausschuss und die dort angesiedelten Zuständigkeitsbereiche.

Das Stadtplanungsamt teilt mit, dass die Fragestellung zu kurz greift. Tatsächlich ist die Stadt Bremerhaven bereits seit längerem und an zahlreichen Stellen aktiv, um den Energiebedarf der Stadt, insbesondere der städtischen Infrastruktur, zu reduzieren und notwendige Modernisierungen voranzutreiben. Dazu nutzt sie u.a. evidente Einsparpotenziale. Ein Beispiel hierfür ist der 2017 abgeschlossene Betriebsführungsvertrag der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Stadt Bremerhaven. Am 01. Oktober 2017 erfolgte damit der Übergang der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung von der Firma swb Beleuchtung GmbH (Bremen) auf die Firma enercity Contracting GmbH (Hannover). Dieser mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossene Vertrag beinhaltet u.a., dass 98 Prozent der rund 12.500 Leuchten ausgetauscht und auf LED-Technik umgestellt werden. Das erfolgt auch mit dem Ziel, ca. 68 Prozent des bisherigen Energiebedarfs für die Beleuchtung einzusparen.

So wurden im Jahr 2020 insgesamt 1.795 alte Leuchten auf LED-Technik umgerüstet. Dadurch wurde die Anschluss-Leistung bei diesen Leuchten von insgesamt 123.139 kW auf 43.792 kW reduziert, welches einer Energieersparnis von 330 Tsd. kWh / Jahr entspricht.

Die Investitionen durch die enercity Contracting in die Straßenbeleuchtung sind durch den von der Stadt Bremerhaven zu zahlenden Lichtpunktpreis abgegolten. Die 2020 umgerüsteten Leuchten entsprechen grundsätzlich einer Investition von rd. 1,18 Mio. €.

Weitere relevante Beispiele sind die Investitionen in den öffentlichen Gebäudebestand. Hier ist die Stadt außerordentlich engagiert, die vielfältigen Förderprogramme von Bund und Land zum Klimaschutz und zur energetischen Sanierung zu nutzen, um energetische Maßnahmen bei der städtischen Infrastruktur zügig umzusetzen. So wurden in 2021 (Stand: 07.12.2021) rd. 16,0 Mio. € im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, des Bremer Sonderfonds, des Beschleunigungsprogramms für die Ganztagsbetreuung und des Handlungsfeldes Klimaschutz für die Sanierung von Bremerhavener Schulen und Kitas, z.B. Heinrich-Heine-Schule und Karl-Marx-Schule, ausgegeben.

Auf Grundlage der erfolgreich angemeldeten Förderprojekte aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wurde mit Investitionen in Höhe von insgesamt 3,8 Mio. € die Freizeitstätte Lehe-Treff saniert. Die Sanierung des Nordsee-Stadions mit einem Finanzvolumen von insgesamt rd. 9,8 Mio. € und zwei aus Bundesmitteln finanzierte Bauabschnitte stehen kurz bevor.

Daneben werden jährlich weitere einstellige Millionenbeträge aus der Städtebauförderung, den zugehörigen Investitionsfonds „Soziale Integration im Quartier“ und „Sportstätten“ sowie dem Landesprogramm „Klushuizen“ zur Sanierung städtischer Gebäude bzw. für die nachhaltige Inwertsetzung von beispielgebenden Impulsprojekten eingesetzt.

2. Genehmigung der Niederschrift über den Finanzteil der 12. öffentlichen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 05.10.2021 42/2021

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss genehmigt die Niederschrift.

Der Beschluss ergeht bei drei Enthaltungen der Stadtverordneten Frau Dertwinkel, Herr Schott und Herr Koch einstimmig.

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven (GStVV) 43/2021

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld fragt in Bezug auf Nr. 2 der Anlage zum Sachstandsbericht an, warum der diesbezügliche Bearbeitungsstand mit "teilweise erledigt" angegeben wird und was genau denn noch nicht erledigt sei.

Herr Khalaf von der Stadtkämmerei teilt dazu mit, dass sich der ursprünglich gefasste Beschluss auf die Haushaltsjahre 2020 und 2021 bezogen hat und bis dato nur der auf das Haushaltsjahr 2020 bezogene Beschluss erledigt sei. Ferner teilt Herr Khalaf mit, dass der auf das Haushaltsjahr 2021 bezogene Beschluss im Laufe des Dezembers 2021 ebenfalls erledigt werden wird.

Ferner fragt Herr Stadtverordneter Lichtenfeld in Bezug auf Nr. 12 der Anlage zum Sachstandsbericht an, wieso der Bearbeitungsstand mit "offen" ausgewiesen wird und ob es noch diesbezügliche Straßenbaumaßnahmen gibt, die bisher nicht abgeschlossen werden konnten?

Herr Khalaf teilt dazu mit, dass die vorliegende Vorlage einschließlich Anlage zu einem Zeitpunkt erstellt worden sei, als der Bearbeitungsstand noch „offen“ war, die diesbezüglichen Straßenbaumaßnahme jedoch zwischenzeitlich abgeschlossen wurden.

Im Anschluss wird der nachfolgende Beschluss gefasst:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4. Abschluss des Projektes zur Annahme und Verarbeitung elektronischer Rechnungen beim Magistrat der Stadt Bremerhaven sowie die Überführung in den Produktivbetrieb 44/2021

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld fragt an, ob inzwischen der im September 2021 beauftragte Projektabschlussbericht vorliegt und falls dem so ist, bittet er darum, diesen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wird die in der hier betreffenden Angelegenheit erstellte Magistratsvorlage Nr. I/233/2021 sowie das Protokoll der Projektgruppe vom 07.09.2021 erbeten. Ferner fragt Herr Stadtverordneter Lichtenfeld in diesem Zusammenhang an, wem die Leitung der Projektgruppe oblag und ob der Produktivbetrieb entsprechend der Beschlussfassung tatsächlich in der 42. Kalenderwoche 2021 aufgenommen wurde.

Zudem fragt Herr Stadtverordneter Lichtenfeld an, auf welche Höhe sich die Installationskosten (Systemkosten) zur Umstellung der Rechnungslegung auf die Digitalisierung und Anwendung durch das System "enaio" belaufen und was bisher vom Magistrat unternommen wurde, um festzustellen, inwieweit sich aus der Umstellung auf Digitalisierung bei der Rechnungslegung, die bekanntlich zum Zwecke der Vereinfachung und Vereinheitlichung eingeführt wird, Einsparpotentiale im Personalkörper der betroffenen Bereiche ergeben.

Herr Bürgermeister Neuhoff teilt Herrn Stadtverordneten Lichtenfeld mit, dass die Beantwortung der Fragen im Rahmen der Erstellung der Niederschrift erfolgt.

Im Anschluss wird der nachfolgende Beschluss gefasst:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Abschluss des Projektes im Zusammenhang mit der Annahme und Verarbeitung elektronischer Rechnungen beim Magistrat der Stadt Bremerhaven sowie die diesbezügliche Überführung in den Produktivbetrieb zur Kenntnis.

Hinweis der Stadtkämmerei:

Im Nachgang der Sitzung teilt die Magistratskanzlei auf Zuschrift der Stadtkämmerei mit, dass im Oktober 2021 damit begonnen wurde, die Organisationseinheiten sukzessive auf den Produktivbetrieb umzustellen. In Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt werden noch bis voraussichtlich Ende Februar 2022 Erfahrungen aus dem Produktivbetrieb gesammelt, um unter anderem einen sich daraus noch ergebenden Bedarf an Anpassungen vornehmen zu können. Der Projektabschlussbericht wird im Zuge dessen vorgelegt. Die erbetene Magistratsvorlage Nr. I/233/2021 ist öffentlich und kann über den kommunalen Sitzungsdienst eingesehen werden. Das Protokoll der Projektgruppe kann nicht zur Verfügung gestellt werden, da es sich um ein internes

Arbeitspapier handelt und dieses nicht für die Veröffentlichung vorgesehen ist. Ferner teilt die Magistratskanzlei mit, dass die Projektleitung der Magistratskanzlei und dem Betrieb für Informationstechnologie obliegt. Der Produktivbetrieb wurde wie angekündigt in der 42. Kalenderwoche (18.10.2021) aufgenommen.

Zudem teilt die Magistratskanzlei mit, dass sich die Installationskosten zur Umstellung der Rechnungslegung auf die Digitalisierung und Anwendung durch das System "enaio" wie in der Magistratsvorlage Nr. II/32/2018 angekündigt, auf rund 200.000 € belaufen haben und folglich der Kostenrahmen eingehalten wurde. Die vorgenannte Magistratsvorlage ist ebenfalls öffentlich und kann über den kommunalen Sitzungsdienst eingesehen werden. Ferner teilt die Magistratskanzlei mit, dass die Umstellung auf die elektronische Rechnungsbearbeitung in erster Linie zur Umsetzung gesetzlicher Bestimmungen erfolgt und sich daraus ergebende Synergieeffekte jedoch nur marginal vorhanden sind und in keinem Fall zu Einsparungen im Bereich des Personalkörpers führen werden.

5. Freigabe von Mitteln des "Bremerhaven-Fonds 2021" zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie in der Stadt Bremerhaven 45/2021

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld stellt fest, dass mit den in der Vorlage beschriebenen Maßnahmen unter anderem zusätzliches Personal für die Schulen gefordert wird, welches unter anderem zur Unterstützung der Hygienekonzepte, zur Unterstützung des Schulbetriebs, zur Betreuung von Halbgruppen und zur Durchführung von handlungsorientiertem Projekt-Unterricht eingesetzt werden soll. Herr Stadtverordneter Lichtenfeld fragt in diesem Zusammenhang an, wie sich der Magistrat vorstellt, woher das gewünschte Personal kommen soll, zumal bereits seit Jahren vom Schuldezernenten ein hohes Maß an unbesetzten Stellen beklagt wird und die Personalgewinnung nahezu unmöglich zu sein scheint.

Herr Bürgermeister Neuhoﬀ teilt mit, dass es im Finanz- und Wirtschaftsausschuss um die Finanzierung der Maßnahme geht und die soeben gestellten Fragen auf eine fachliche und inhaltliche Bewertung abzielen, die nur vom Ausschuss für Schule und Kultur beantwortet werden kann.

Herr Stadtverordneter Kaminiaz bemängelt, dass es hier um die Freigabe nicht unerheblicher Mittel aus dem Bremerhaven-Fonds geht und unter anderem unter der „Begründung der Kausalität“ beim Amt für Jugend, Familie und Frauen ausgeführt wird, dass sich die Erläuterungen und Darstellungen zum Antrag aus dem Antragsformular selbst ergeben, dieses der Vorlage zur Erläuterung und Darstellung des betreffenden Sachverhaltes jedoch nicht beigelegt wurde. Er bittet darum, dass zukünftig darauf geachtet wird, dass in der Vorlage benannte Antragsformulare, aus denen sich wichtige Informationen ergeben, der Vorlage beigelegt werden.

Herr Bürgermeister Neuhoﬀ teilt mit, dass der Bitte für zukünftige Vorlagen im Zusammenhang mit dem Bremerhaven-Fonds entsprochen wird.

Im Anschluss wird der nachfolgende Beschluss gefasst:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stimmt, wie vom Magistrat in seinen Sitzungen am 13.10.2021 und 17.11.2021 beschlossen, der Finanzierung der dargestellten Anträge des Schulamtes sowie des Amtes für Jugend, Familie und Frauen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 3.471.600 aus Mitteln des „Bremerhaven-Fonds 2021“ sowie der Bereitstellung und Freigabe eines Teilbetrages der bei der Haushaltsstelle 6980/971 06 „Folgekosten Bremerhaven-Fonds (Corona) **VE**“ veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 620.000 € zu.

Bei seiner Zustimmung geht der Finanz- und Wirtschaftsausschuss davon aus, dass sich im weiteren Haushaltsvollzug 2021 ergebende alternative Finanzierungsmöglichkeiten (z. B. durch Bundes-, Landesprogramme) vorrangig einzusetzen sind.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss bittet die Stadtkämmerei, die haushaltstechnischen Umsetzungen vorzunehmen.

Der Beschluss ergeht bei einer Enthaltung von Herrn Stadtverordneten Lichtenfeld und einer Gegenstimme von Herrn Stadtverordneten Koch mehrheitlich.

6. Verschiedenes

Herr Bürgermeister Neuhoff teilt den Ausschussmitgliedern und sonstigen Teilnehmern mit, dass dies die letzte Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses sei, an der Herr Witt, der Amtsleiter der Stadtkämmerei, teilnehmen werde, da dieser sich zum Ende Februar des nächsten Jahres in seinen wohlverdienten Ruhestand begeben wird. Herr Bürgermeister Neuhoff bedankt sich in diesem Sinne für die langjährige, vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit, wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und spricht ihm seinen herzlichen Dank aus.

Vorsitzender

Schriftführer

gez. Neuhoff

gez. Khalaf

Neuhoff
Bürgermeister

Khalaf